universität innsbruck
Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

# Die Irrlehren der Sozialdemokratie

Richter, Eugen

Berlin, 1893

11. Das Geld der Zukunft

urn:nbn:at:at-ubi:2-250

aber hat Dr. Leete nur die Abfertigung, daß es in der sozialdemokratischen Zukunft schlechte Aerzte überhaupt nicht geben werde, auch kein Arzt ein Interesse habe, seine Praxis auf Kosten anderer zu vergrößern und endlich die Medizinalbehörde den nicht hinreichend beschäftigten Aerzten Praxis zuweisen werde. — Hier erscheint also wieder die zwangsweise Zuteilung von Kranken im Hintergrunde; der Kern der Frage aber, wie es gehalten werde, wenn die Patienten die Praxis beliebter Aerzte zu vergrößern trachten, wird unterschlagen. Gilt für Aerzte überhaupt noch der Bebelsche Maximalarbeitstag von vier Stunden? Alsdann muß jeder, je nach der Tageszeit seiner Erkrankung, sechs verschiedene Aerzte im sozialdemokratischen Staat zur Verfügung haben.

Wie denken sich die Sozialdemokraten das Verhältnis der Presse gegenüber ihrer Staatsleitung? Da es Privatkapital nicht giebt, die Konkurrenz aufhört und der Staat der einzige Unternehmer ist, so kann auch nur der Staat Zeitungen herausgeben. Es kann also nur soweit etwas gedruckt werden, wie es der Staatsleitung paßt und es die Zensur derselben passiert. Wo bleibt da die Opposition, die Kritik und der Fortschritt? Bebel spricht sich über diesen heiklen Punkt nicht aus. Bellamy aber meint, die Staatsregierung müsse jedem gestatten, eine Zeitung herauszugeben, welcher eine hinreichende Zahl von Abonnenten nachweisen könne, um die Kosten des Blattes zu decken. Die Abonnenten sollten dann die Redaktion wählen und entlassen. Danach müßte man also zuvor Abonnenten haben, ehe das Blatt erscheinen kann. Diese Abonnenten müssen sich auch mindestens für Jahresfrist binden, weil andernfalls ja Verluste für den Staat entstehen. Ein Schriftsteller, der solche Abonnenten hat, brauchte auch in der heutigen Gesellschaft um das erforderliche Kapital nicht besorgt zu sein. Wo aber bleiben in der sozialdemokratischen Ordnung die Schriftsteller, welchen das Publikum nicht vor dem Erscheinen des Blattes den Abonnementspreis für ein Jahr zu kreditieren geneigt ist? Immerhin verursacht in der sozialdemokratischen Ordnung auch unter jenen Voraussetzungen die Herausgabe eines neuen Blattes doch eine Konkurrenz für bereits bestehende Blätter. Hier käme also der Teufel der freien Konkurrenz in die sozialdemokratische Ordnung durch eine Hinterthür wieder hinein. Ebenso ist Bellamy in Verlegenheit, wie es mit der Herausgabe von Büchern im sozialdemokratischen Staat gehalten werden soll. Er meint, daß die Kosten der ersten Auflage von gewöhnlichem Umfange der Schriftsteller zu bestreiten hätte. Bei Sparsamkeit und einigen Entbehrungen würde der Schriftsteller dies ermöglichen. Die armen Schriftsteller! Auch hier hat Bellamy übersehen, daß mit der Herausgabe neuer Bücher Konkurrenz entsteht gegenüber bereits vorhandenen Büchern, und deshalb auch an diesem Punkt das ganze romanhafte Kartenhaus seiner sozialdemokratischen Zukunft zusammenbricht.

---

## 11. Das Geld der Zukunft.

Bebel schreibt in seinem Buch über die „Frau" S. 162: „Da es in der neuen Gesellschaft keine Waren giebt, so giebt es auch kein Geld. Ein Zertifikat, ein bedrucktes Stückchen Papier, Gold oder Blech,

bescheinigt die geleistete Arbeitszeit und setzt den Inhaber in die Lage, dieses Zeichen gegen seine Bedürfnisgegenstände von der verschiedensten Art einzutauschen."

Im sozialdemokratischen Staat würde allerdings der Einzelne sich nur mit dem Staat selbst zu berechnen haben. Der Staat allein ist Arbeitgeber und zahlt daher auch allein einen Lohn. Ebenso ist der Staat alleiniger Produzent und kann daher auch allein Bedürfnisgegenstände verabfolgen. Es bedarf daher eines Vermittlers für den Austausch von Leistung und Gegenleistung nur im Verhältnis zwischenden Einzelnen und dem Staat. Daher würden hierfür auch Kreditscheine des Staates, Anweisungen auf die Staatsmagazine ausreichen, welche für sich allein keinen selbständigen Wert besitzen. Bebel aber spricht von „Gold oder Blech". Mit dem Gold käme aber der Teufel der jetzigen Weltordnung wieder in den sozialdemokratischen Staat hinein; denn Gold hat einen selbständigen Metallwert, kann leicht aufbewahrt werden, und würde somit der Besitz von Goldstücken die Möglichkeit gewähren zur Anhäufung von Werten, zum Loskaufen von der allgemeinen Arbeitspflicht und selbst zu Darlehen gegen Zins. So weit hat sich Bebel nicht einmal die logische Folge seines Vorschlages überdacht. Bellamy in seinem Roman ist darin konsequenter, er kennt nur Kreditscheine. Von dem für eine gewisse Periode als Gegenleistung für die gelieferte Arbeit ausgestellten Kreditschein des Staates löst der Staatsbeamte bei Entnahme von Waren seitens des Inhabers einen Kupon ab oder locht einen solchen ein.

Bebel meint, der allgemeine Wertmesser für den Austausch von Arbeit gegen Bedürfnisgegenstände müsse die Arbeitszeit sein. An der Arbeitszeit allein könne der Gebrauchswert der Gegenstände bemessen werden. „Zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem Gegenstand tauschen mit zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeit in einem andern Gegenstand, nicht mehr und nicht weniger." Bebel beruft sich dabei auf Friedrich Engels: „Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in 100 Quadratmetern Tuch von bestimmter Qualität stecken."

Aber ein Hektoliter Weizen aus derselben Ernte hat doch immer denselben Wert, ganz unabhängig von der auf die Erzeugung des einzelnen Hektoliters Weizen verwandten Arbeitszeit! Das Maß dieser Arbeitszeit ist auch, abgesehen von der Verschiedenheit der Arbeiter, nach der Verschiedenheit des Bodens ein durchaus verschiedenes, auch wenn die Ackerwerkzeuge überall dieselben sind. Der Kulturzustand des einzelnen Ackers hängt auch nicht blos von den natürlichen Verhältnissen desselben, sondern auch von dem Umfang der vor dem letzten Erntejahr schon auf denselben verwandten Kulturarbeit ab.

Nicht blos die aufgewandte Arbeitszeit, sondern auch das aufgewandte Kapital bedingt das Maß des Ertrages. Es bedarf auch sonst überall bei der Produktion neben der Arbeit nicht blos der Rohstoffe und der Hilfsstoffe, sondern auch stehender Maschinen und sonstiger Arbeitsmittel aller Art. Die Herstellung dieser hat seiner Zeit auch Arbeit gekostet. Es ist darum ebenso falsch, wenn Bebel in einem Beispiel den Wertunterschied von Anzügen nur berechnen will darnach,

wieviel Stunden der Schneider dabei gebraucht hat. Es kommt außerdem schon in Betracht, wieviel Arbeitszeit die Herstellung des Tuches aus der Wolle erforderte. Die Arbeitszeit hier aber ist wiederum bedingt durch die Mitwirkung von Maschinen, deren Herstellung wiederum Arbeitszeit kostete. Auch die Herstellung der Wolle setzt einen Aufwand von Arbeit bei der Schafzucht voraus. Wir wären begierig auf das Rechenexempel, welches hiernach aufgestellt werden muß, um die in einem Tuchrock steckende Arbeitszeit zu berechnen.

Das Verhältnis, in welchem einerseits Arbeitszeit und andererseits Arbeitsmittel bei der Herstellung eines Produktes in Anspruch genommen werden müssen, ist bei allen Waren ein durchaus verschiedenes. Beim Einsammeln wild wachsender Frucht kommt fast nur Arbeitszeit in Betracht, bei andern Gegenständen bildet der Arbeitslohn nur einen kleinen Prozentsatz der Herstellungskosten. Wollte die sozialdemokratische Ordnung bei solchen Gegenständen den Preis gering bemessen nach Verhältnis nur des Arbeitslohnes, so würde sie die Stoffe, den sachlichen Aufwand zur Herstellung, zugeben müssen und bei solcher billigen Preisnormierung gegenüber einer großen durch die Billigkeit erzeugten Nachfrage bankerott machen, das heißt außerstande gesetzt werden, die durch die Produktion aufgebrauchten Vorräte und abgenutzten Werkzeuge wieder zu ergänzen.

Nun ist es aber überhaupt ein Grundirrtum der Sozialdemokratie, daß die Arbeit allein den Wert bedinge. Was nützt der Aufwand der fleißigsten Arbeit auf einen Gegenstand, wenn man dieses Gegenstandes nicht bedarf! Dieser Widerspruch kann nur dadurch gelöst werden, daß der sozialdemokratische Staat jedermann nicht blos vorschreibt, was er produzieren, sondern auch, was er konsumieren soll. Bebel scheint sich aber dieser notwendigen Konsequenz nicht bewußt zu sein. Er meint beispielsweise: „Kostet die Herstellung eines feinen Anzuges 20 Stunden gesellschaftlicher Arbeitszeit, man will aber nur 18 an einen solchen wenden, so kann man auch einen solchen haben.“ — Sobald man aber erst eine solche Wahl dem Publikum im sozialdemokratischen Staate läßt, ob es lieber feinere oder gröbere Röcke konsumieren will, so riskiert der sozialdemokratische Staat, daß er mehr feine oder mehr grobe Röcke produziert, als Nachfrage vorhanden ist. Die ganze Produktion wird alsdann wieder eine „blinde“, man läuft Gefahr, zu viel oder zu wenig Röcke der einen oder der andern Art zu produzieren. Und wie mit den Röcken, so ist es auch mit allen andern Sachen. Wenn der Umfang des Bedarfs aller Einzelnen an Röcken jeder Art nur unvollkommen in der heutigen Gesellschaft von Tausenden von Schneidern und Händlern vorhergesehen werden kann, wie will dann eine einheitliche in den Wolken thronende Zentralstelle diesen Bedarf berechnen? Etwa nach dem Bedarf früherer Jahre? Aber der Bedarf wechselt nicht blos mit der Veränderung des Geschmacks, sondern schon weil der Ernteertrag wechselt und dieser Wechsel auf die Nachfrage auch nach allen andern Gegenständen zurückwirkt, welche nicht von der Ernte abhängen. Denn je mehr Aufwand beispielsweise erforderlich ist, um die notwendigen, in ihrem Umfang von der Ernte abhängigen, Lebensmittel beschaffen zu können, desto weniger erübrigt für andere zur Zeit mehr oder weniger entbehrliche Dinge.

Der Roman von Bellamy läßt jeden Menschen für die geleistete Arbeit ein gleichwertiges Zertifikat zukommen, aber überläßt dem Einzelnen die freie Wahl, ob er daraufhin mehr für Wohnung oder mehr für Kleidung, für Nahrung oder mehr für Bücher oder dergl. ausgeben will. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen genau dieselbe Unsicherheit der Nachfrage entstehen muß, wie in der heutigen Gesellschaft. Ueberproduktion, Krisen, Arbeitslosigkeit sind die Folgen. Ein solches Mißverhältnis wird heute ausgeglichen durch die Preisschwankungen; die im Verhältnis zum Angebot große Nachfragen treibt den Preis ebenso in die Höhe wie die zu geringe Nachfrage denselben herabdrückt. Der höhere Preis vermindert ebenso die Nachfrage, wie der herabgesetzte Preis dieselbe vermehrt. Bebel kennt aber nur feste Preise, welche er, wie erörtert, je nach der Arbeitszeit bemessen will. Bei festen Preisen aber verlieren die zu hoch im Preise gehaltenen Gegenstände zum Nachteil des Ganzen an ihrem Gebrauchswert, während die zu billig verkauften Gegenstände alsbald Gegenstand des Zwischenhandels werden, bis sie in die Hände desjenigen gelangen, welcher ihnen den höchsten Gebrauchswert beimißt. So kommt also auch an diesem Ende die Natur der Dinge derartig zum Durchbruch und wirft den ganz phantastischen Plunder über den Haufen.

Entweder man erkennt die heutige der Natur der Dinge und der Menschen entsprechende Gesellschaftsordnung an, oder man gerät in unerbittlicher logischer Folge aus einem Zwangssystem in das andere, aus der zwangsweisen Produktion in die zwangsweise geregelte Konsumtion. Das Programm der sozialdemokratischen Partei, welches „jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen gerecht werden" will, führt dazu, von Staatswegen festzustellen, was für jeden vernunftgemäßes Bedürfnis ist. Die sozialdemokratische Staatsordnung kann nicht anders bestehen, als daß sie jedem, genau sowie es in der Kaserne geschieht, die Brotration, die Menageportion, die Unterkunft, die Bekleidung und deren Tragezeit vorschreibt. Ja sie kann, da bei ihr nicht, wie bei der Kaserne, außerhalb ihres staatlichen Organismus ein freier volkswirtschaftlicher Organismus besteht, nicht einmal dem Einzelnen eine geringe Löhnung gewähren, aus der er nach seiner Wahl noch etliche Bedürfnisse bestreiten kann, welche über die reglementsmäßige Verpflegung hinausgehen. Denn selbst die Kantinenwirtschaft der Kasernen setzt einen freien bürgerlichen Organismus außerhalb der Kaserne voraus, aus welchem sie ihre Vorräte nach Bedarf entnimmt.

Es hat ja freilich auch nicht an Generalen gefehlt, welche das Los der Soldaten in der Kaserne als ein glückliches im Verhältnis zu der freien bürgerlichen Existenz preisen und es mit den Vorzügen einer Ferienkolonie für den Arbeiter vergleichen. Aber abgesehen davon, daß das Kasernenleben nicht denkbar ist ohne eine freie bürgerliche Gesellschaft, welche durch ihre Arbeit die Steuern zum Unterhalt der Kasernierten aufbringt, wird die ganze zwangsweise Regelung aller Lebensverhältnisse in den Kasernen derart drückend empfunden, daß selbst diejenigen, welche unter bürgerlichen Verhältnissen keine bessere und vielleicht sogar eine schlechtere Existenz als in der Kaserne haben, den Tag ihrer Entlassung sehnsüchtig erwarten, sodaß es immer schwer

fällt, auch nur Kapitulanten zu erhalten, welche sich durch Aussicht auf Zivilversorgung für das spätere Leben bestimmen lassen, in der Stellung von Unteroffizieren im Dienst zu bleiben. Der sozialdemokratische Staat gewährt aber nicht einmal solche Zivilversorgung, auch alle Avancierten haben dort nach dem Grundsatz der sozialen Gleichheit kein besseres Leben zu erwarten als die letzten Rekruten in der Arbeiterarmee.

---

## 12. Die sozialdemokratische Staatsregierung.

Wenn überhaupt eine Organisation der Produktion und der Konsumtion ausführbar wäre, wie sie das sozialdemokratische Programm vorzeichnet, so würden die Staatsleiter, welche an der Spitze stehen, mit einer so despotischen Gewalt bekleidet werden müssen, wie sie in dieser Ausdehnung niemals auch nur im Orient bestanden hat. Denn in dieser sozialdemokratischen Ordnung ist alles auf die Weisheit und die Gerechtigkeit der obersten Leitung gestellt. Diese bemißt den Umfang und die Art der Produktion, die Betriebsweise, den Lohn und die Arbeitszeit, sie erläßt die Vorschriften für die Konsumtion. Alles, was in der heutigen Gesellschaft durch das konkurrierende Interesse von Millionen im Interesse der Gesamtheit geregelt ist, wird hier auf einen Einzelwillen gestellt. Von diesem Willen hängt die Gestaltung des Ganzen und hängt auch wieder das Schicksal des Einzelnen ab, diejenige Arbeitsstelle und dasjenige Arbeitsfeld, welches dem Einzelnen zufällt. Keinem Zwischengliede, keiner örtlichen Stelle kann eine selbständige Entscheidung zugemessen werden; da alles ineinander greifen muß, die Ordnung an einer Stelle durch die Ordnung an einer anderen bedingt wird, so ist nur eine einheitliche oberste Gewalt denkbar, welche die volle Uebersicht besitzt und die Harmonie des Ganzen aufrecht erhält. Selbst die Phantasie reicht nicht aus, einen idealen Menschen auch nur zu träumen, welcher befähigt wäre, eine solche Stelle einzunehmen, auch wenn an dieser obersten Stelle mehr als der vierstündige Arbeitstag verlangt und derselben ausnahmsweise ein höherer Lohn gewährt werden sollte. Hier müssen schon überirdische Vorstellungen von einem zur Erde herabgestiegenen göttlichen Wesen dazu kommen, um die Möglichkeit einer irdischen Vorsehung zu denken, wie sie der sozialdemokratische Staat voraussetzt.

Die oberste Gewalt kann auch nur eine unumschränkte sein. Das Tausendfache der Anforderungen, welche die heutige Gesellschaft an einen Monarchen oder Präsidenten stellt, würde der oberste Leiter des sozialdemokratischen Staatswesens zu erfüllen haben. Niemand außer ihm würde eine Uebersicht haben können, um den Anspruch zu erheben, auf den Willen des Staatsleiters bestimmend einzuwirken. Zahllose, sich unablässig drängende Entscheidungen zur Regelung wechselnder Verhältnisse müßten unausgesetzt getroffen werden, die keinen Aufschub dulden und deshalb auch keine vorherigen Beratungen irgend welcher Kollegien gestatten. Schon der Betrieb einer Postverwaltung oder einer